

Die arabische Welt im Umbruch: Handlungsoptionen für Deutschland, Frankreich und die EU

12. DEUTSCH-FRANZÖSISCHES STRATEGIEFORUM

Im Jahr 2005 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Institut français des relations internationales (Ifri) zum ersten Mal das Deutsch-Französische Strategieforum. Seitdem treffen sich im halbjährlichen Rhythmus, abwechselnd in Berlin und Paris, politische Entscheidungsträger und deren Mitarbeiter, Sicherheitsexperten und Militärs aus beiden Ländern, um über aktuelle Herausforderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie daraus resultierende Konsequenzen für Deutschland, Frankreich und die EU zu diskutieren. Ziel der Veranstaltung ist es, strategische Handlungsoptionen zu skizzieren und konkrete Lösungsansätze zu entwickeln.

Am 11. und 12. Mai 2011 luden daher die KAS und das Ifri zum 12. Strategieforum nach Berlin ein. Hochrangige Vertreter des Deutschen Bundestags, des Bundesverteidigungsministeriums, beider Außenministerien und der EU-Kommission sowie Experten aus verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen bestätigten durch ihre zahlreiche Teilnahme und ihre Beiträge die Bedeutung dieses bilateralen Forums. Die aktuellen Ereignisse in Nordafrika und im Nahen Osten ermöglichten schließlich genügend Raum für lebhaft und konstruktive Diskussionen zum Thema „Die arabische Welt im Umbruch: Handlungsoptionen für Deutschland, Frankreich und die EU“.

Arabisches Erwachen

Zuerst erörterten die Teilnehmer die Ursachen des arabischen Frühlings sowie dessen Konsequenzen für die Region. Es wurde gleich zu Beginn betont, dass die aktuellen politischen Umbrüche eine historische Entwicklung darstellen und den arabischen Raum in der Zukunft stark prägen werden. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Implikationen dieser Ereignisse langfristig zu analysieren. Eine kurze Revue der vergangenen Jahrzehnte im Nahen Osten zeigt allerdings, dass die politischen Umwälzungen dort stets von Unsicherheit geprägt waren, was eine Vorhersage über die weiteren dortigen Entwicklungen sehr schwierig macht.

Zur historischen Bedeutung des arabischen Frühlings wurde angemerkt, dass es sich bei den Veränderungen in Nordafrika nicht nur um einen nationalen Aufstand handelt, sondern auch um eine gesellschaftliche Revolution, die auf die Freiheit des Individuums abzielt. Insofern verglich ein Teilnehmer des Forums die Umwälzungen in Nordafrika nicht nur mit der Revolution von 1989 in Osteuropa, sondern auch mit den französischen Revolutionen von 1789 (politischer Umbruch), 1848 (nationaler Umbruch ohne entscheidenden ausländischen Einfluss) und 1968 (kultureller und sozialer Umbruch). Zugleich wurde festgehalten, dass die Situation in Nordafrika und dem Nahen Osten natürlich auch eigene Charakteristiken auf-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND

DR. CÉLINE-AGATHE CARO
KEVIN KANDATHIL

Mai 2011

www.kas.de

zeigt. Aus den Unruhen in Ägypten und Tunesien sind z. B. durch die Erstarkung des Militärs neue Akteure hervorgegangen, deren zukünftige Rolle noch unklar ist. Ob die jungen Aufständischen, die nicht zuletzt durch das Internet und die neuen Kommunikationswege eine entscheidende Rolle in den Umbrüchen in Tunesien und Ägypten gespielt haben, in Zukunft an der Gestaltung ihres Landes teil haben werden, bleibt ebenfalls abzuwarten. Zudem wurde über den langfristigen politischen Einfluss der Islamisten diskutiert. Einig waren sich die Teilnehmer, dass die jungen Demonstranten vom Tahrir-Platz in Kairo keine fundamentalistische Ideologie vertreten, sondern eher säkulare und universell gültige Forderungen zum Ausdruck gebracht haben. Jedoch ist auch bei Ihnen ein Abdriften in alte politische Muster und Verhaltensweisen möglich, denn auch wenn die autokratischen Führer Ägyptens und Tunesiens verdrängt werden konnten, ist das herrschende System noch intakt. Im schlimmsten Fall könnten religiöse Kräfte das politische Chaos nutzen, um eine islamische Ordnung zu etablieren. Allerdings wurde dies von den Teilnehmern des Strategieforums als keine unmittelbare Gefahr für die Region betrachtet.

Keine Garantie für die Entstehung von Demokratien

Mit größerer Vorsicht bewertete ein Teilnehmer die Ereignisse im Nahen Osten. Die Protestmärsche sollten seiner Meinung nach nicht als Demokratiebewegung fehlinterpretiert werden, sondern als ein Fordern von Würde und Freiheit. Diese zwei Schlüsselbegriffe können als Sehnsucht nach Rechtsstaatlichkeit gewertet werden. Das Verlangen nach Rechtsstaatlichkeit ist aber nicht zwingend mit einem Verlangen nach Demokratie gemäß westlichem Verständnis gleichzusetzen. Ob sich die betroffenen Länder wirklich zu standhaften Demokratien entwickeln, ist also noch unklar.

In diesem Zusammenhang forderten mehrere Diskussionsteilnehmer eine stärkere Differenzierung zwischen den Staaten des arabischen Frühlings, da diese über keine gemeinsame politische Identität verfügen, zurzeit unterschiedliche Entwicklungen

durchlaufen und sicherlich nicht alle in Demokratien nach westlichem Modell münden werden. Sollten sich Tunesien und Ägypten auf dem Pfad zur Demokratisierung befinden, kann dies für Libyen noch nicht gelten. In den Golf-Staaten, u. a. im Jemen und in Bahrain, oder in Ländern wie Syrien ist die Situation ebenfalls noch sehr ungewiss. Außerdem ist es schwer zu sagen, ob Revolutionen in weiteren Staaten der Region, z. B. in Marokko, Algerien oder in Saudi-Arabien, ausbrechen werden.

Geopolitische Konsequenzen für die Region und die USA

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurden die geopolitischen Konsequenzen des arabischen Frühlings im Nahen Osten debattiert. Die Teilnehmer waren sich in der Analyse einig, dass dieses Thema bis jetzt nicht genügend Beachtung gefunden habe. Dies lässt sich zum Teil damit erklären, dass sich die Vorhersehbarkeit der Entwicklung als äußerst schwierig erweist. Nichtsdestotrotz stellten mehrere Diskussionsteilnehmer ihre Betrachtungen über die anstehenden geopolitischen Veränderungen in der Region vor. Aus diesem Austausch ging hervor, dass die Außenpolitik der Nahostländer mehr Kontinuität als Diskontinuität aufweisen könnte. Dies gilt jedoch nicht für Ägypten, denn im Land am Nil sind die Friedensverträge mit Israel der Bevölkerung ein Dorn im Auge. Sollte es zu einem Referendum über die umstrittenen Verträge kommen, könnte die Mehrheit der Wahlberechtigten wohl für deren Aufkündigung und Neuverhandlungen stimmen, so die Analyse. Die Auswirkungen dieses Wahlergebnisses dürften für Israel und die gesamte Region mit erheblichen Konsequenzen verbunden sein.

Auch der Jemen läuft Gefahr, seine ohnehin geringe politische Stabilität weiter zu verlieren. Al-Qaidas jemenitischer Ableger könnte sich im Falle eines politischen Vakuums in Sanaa zu einem global operierenden Netzwerk etablieren. In Syrien, wo seit Februar 2011 Proteste gegen das Regime stattfinden, ist die Lage ebenfalls komplex. Ein Rücktritt von Präsident Baschaar al-Assad würde, so eine Analyse, auch ein Scheitern

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND

DR. CÉLINE-AGATHE CARO

KEVIN KANDATHIL

Mai 2011

www.kas.de

der ambitionierten türkischen Außenpolitik darstellen, denn diese hat stets auf den syrischen Präsidenten gebaut. In diesem Zusammenhang diskutierten die Teilnehmer des Strategieforums über die ideologische Ambivalenz der türkischen Außenpolitik sowie die Rolle der Türkei in der Region. In der Gesamtanalyse herrschte Einigkeit darüber, dass die EU-Länder und die USA ihre Verbündeten im Nahen Osten kräftig unterstützen sollten, u. a. um ein Eindämmen des Irans zu ermöglichen. Für manche Experten stellt dies – noch vor der Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts – die größte Herausforderung in der Region dar. Diese Aufgabe ist aber nun noch schwieriger geworden, da sich der Gulf Cooperation Council, der noch eine entscheidende Rolle zur Beeinflussung des Irans hätte spielen können, durch die Mitgliedschaft Bahrains, wo die Herrscherfamilie im Frühjahr 2011 brutal gegen Demonstranten vorging, selbst beschädigt hat.

Was die Rolle der USA im Nahen Osten betrifft, herrschte darüber Konsens, dass sich diese in der nahen Zukunft nicht grundlegend verändern wird, da die Interessen Washingtons in der Region bestehen bleiben. Die USA werden weiterhin Öl zu einem vorteilhaften Preis importieren wollen, die Proliferation eindämmen, die Wurzeln des Terrorismus wirksam bekämpfen und den Aufstieg des Irans blockieren. Die Einflussnahme Washingtons wird jedoch schwieriger werden, da sich die Akteure und deren Beziehungen zueinander dramatisch verändert haben. Der Fokus der USA auf den Nahen Osten erklärt auch deren Zurückhaltung im Maghreb sowie deren Wunsch nach einem stärkeren Engagement der Europäer im südlichen Mittelmeerraum, u. a. im Libyen-Konflikt. Allerdings wurde auch unterstrichen, dass die Vereinigten Staaten auf Grund ihrer abwartenden Haltung während der Unruhen in Ägypten sehr viel an Glaubwürdigkeit verloren haben – ein Kriterium, das vor allem in der arabischen Welt nicht zu unterschätzen ist.

„Die EU braucht mehr Mut zum Fehler!“

Welche konkreten Handlungsoptionen für Deutschland, Frankreich und die EU ergeben sich aus diesen Analysen? Die Diskutanten waren sich einig, dass es keine außenpolitische Arbeitsteilung der Mitgliedstaaten geben darf. Eine Schwerpunktsetzung nach geografischer Nähe und politischer Bedeutung wäre zwar verlockend, würde aber europäisches Handeln zum Scheitern verurteilen. In diesem Sinne ist der Zusammenhalt in der Union maßgebend für den Erfolg der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Was ihre Soft Power betrifft, hat die EU, z. B. mit humanitärer Hilfe, bereits bewiesen, dass sie im Rahmen der politischen Umbrüche in der arabischen Welt Unterstützung leisten kann. Diese Zusammenarbeit muss sich, so die vorwiegende Meinung, nun intensivieren, um bestmöglich auf die Erwartungen der Bevölkerung vor Ort zu antworten. Dies würde ebenfalls den Interessen der EU-Länder – u.a. in Bezug auf Wirtschaftskooperationen oder für die Eindämmung der Flüchtlingsproblematik – entgegen kommen.

Um die Zusammenarbeit effektiv zu gestalten, waren sich die Forumsteilnehmer einig, dass die EU als erstes ihre Hilfsangebote konditionieren muss, anstatt eine bloße Verteilungspolitik zu betreiben. Auf diese Weise könnten z.B. Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Good Governance in den arabischen Ländern gefördert werden. Zudem sollten sich die europäischen Partner zu flexiblem und schnellem Handeln durchringen: Europäische Aktionen müssen sichtbare und spürbare Veränderungen für die Bürger vor Ort, nicht nur für die Elite, mit sich bringen. Dies setzt konkrete Projekte voraus. Im Bereich der Rechtsstaatlichkeit, in dem die EU Kompetenzen aufgebaut hat und zahlreiche Erfahrungen in Auslandseinsätzen sammeln konnte, sollte sich dies z.B. gut realisieren lassen. Darüber hinaus wäre eine enge Vernetzung zwischen den Zivilgesellschaften auf beiden Seiten des Mittelmeers wünschenswert. Ein Erasmus-Programm für die Region würde den indivi-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND

DR. CÉLINE-AGATHE CARO
KEVIN KANDATHIL

Mai 2011

www.kas.de

duellen und intellektuellen Austausch zwischen Europa und der arabischen Welt fördern. Die Notwendigkeit einer Marktöffnung für arabische Produkte sollte außerdem nicht unterschätzt werden.

Auch wenn die EU sicherlich keinen Marshall-Plan für die Region anbieten können wird – darüber herrschte unter den Experten auch Konsens – hat sie die moralische und politische Verpflichtung, die Veränderungen in der arabischen Welt kraftvoll zu unterstützen, ohne als westlicher Lehrmeister aufzutreten. Ein Redner fasste zusammen: „Die Europäische Union muss den Mut zum Handeln aufbringen, auch wenn dies impliziert, Fehler zu machen. Der größte Fehler wäre, gar nicht zu handeln.“ Die deutschen politischen Stiftungen, die bereits vor Ort sehr gut vernetzt sind, können mit ihren zahlreichen Projekten zur Demokratieförderung, Medienfreiheit, politischer und gesellschaftlicher Liberalisierung oder zu kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen einen sehr konstruktiven Beitrag leisten.

GASP auf dem Prüfstand

Wenn die EU mit ihrer Soft Power über gute Instrumente verfügt, um die politischen Umwälzungen in der arabischen Welt konstruktiv zu begleiten, stellen die politischen Umbrüche in der Region hingegen eine Herausforderung für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU dar.

Diesbezüglich haben sich die EU-Mitgliedstaaten in den letzten Monaten eher unsolidarisch und entscheidungsschwach gezeigt, so der allgemeine Tenor unter den Teilnehmern. Vor allem die Divergenzen in Bezug auf die UN-Resolution 1973 über eine Intervention in Libyen haben die EU beschädigt. In diesem Zusammenhang wurde auch kritisch hinterfragt, ob Deutschland überhaupt gewillt ist, Verantwortung für internationale Krisen zu übernehmen. Die Tagungsteilnehmer bemängelten außerdem die unzureichende Koordinierung der europäischen Außenpolitik durch die Hohe Vertreterin der Union für die GASP. Es

wurde aber auch eingeräumt, dass die EU nur handeln kann, wenn die einzelnen Mitgliedstaaten dazu willens sind.

Die Revolutionen in der arabischen Welt haben gezeigt, dass durch den Mangel an angemessener EU-Koordination eine schlagkräftige und funktionierende GSVP noch nicht entstanden ist. Die Mehrheit der Forumsteilnehmer sprach sich daher für mehr Engagement der einzelnen EU-Länder in diesem Bereich sowie für eine engere Abstimmung in der Union aus. Um die aktuelle Krise zu überwinden, sollten die EU-Mitgliedstaaten in Brüssel gemeinsame Konzeptionen entwickeln und nach diesen handeln. Da die Unvorhersehbarkeit der Umbrüche in der arabischen Welt konkrete strategische Planungen schwierig macht, ist es umso wichtiger, durch Flexibilität und Koordination auf die dynamischen Entwicklungen zu reagieren. Dies gilt für die EU, allerdings auch für die NATO, die in der Libyen-Frage ebenfalls auf Kooperations-schwierigkeiten gestoßen ist.

Diese verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der GSVP und der NATO ist entscheidend, damit die EU gegenüber ihren Partnern Kooperationsbereitschaft zeigen kann, wirkliche Einsatzfähigkeit beweist und als Akteur auf der Weltbühne auftreten kann.

Gemeinschaftsgeist gesucht

Zusammenfassend kann man sagen, dass die politischen Umbrüche in der arabischen Welt, die auf einen großen Modernisierungsprozess in der Region hoffen lassen, für Europa gleichzeitig eine Chance und eine Herausforderung darstellen. Im Bereich ihrer Nachbarschafts- und Entwicklungspolitik verfügt die EU über gute Instrumente, um die Transformationen vor Ort zu begleiten sowie die Zusammenarbeit mit ihren südlichen Nachbarn in verschiedenen Bereichen zu intensivieren. Auch die jeweiligen EU-Länder, nicht zuletzt Deutschland und Frankreich, können auf einer bilateralen Ebene viel bewegen. Vor allem neue konkrete Projekte sollen nun erarbeitet und implementiert werden. Mehrmals wurde im Rahmen des Forums auch betont, wie wichtig es ist, dass die Europäer sich diesbezüg-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND

DR. CÉLINE-AGATHE CARO
KEVIN KANDATHIL

Mai 2011

www.kas.de

lich anspruchsvolle Ziele setzen und sich mit bestimmten Themen, wie der Frage der Eindämmung der Einwanderung nach Europa, offen auseinandersetzen.

Die politischen Umbrüche in der arabischen Welt haben aber auch die Schwächen der GSVP in ihrer konkreten Umsetzung gezeigt. Für die Mehrheit der anwesenden Experten bleibt dennoch eine gut koordinierte europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik unabdingbar. So wurde die These vom unentrinnbaren Auseinanderdriften der gesamten Union in dieser Frage überwiegend abgelehnt – trotz der britisch-französischen Vereinbarung zur militärischen Kooperation aus dem vergangenen Jahr, die außerhalb des EU-Rahmens entstanden ist.

Entscheidend für die Zukunft der GSVP ist der politische Wille. Die Teilnehmer des Strategieforums waren sich darüber einig, dass der dafür notwendige Impuls nur von Deutschland und Frankreich kommen kann. Dies unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit eines kontinuierlichen strategischen Dialogs zwischen Sicherheitsexperten beider Länder. In diesem Sinne wurde zum Schluss die Relevanz des Deutsch-Französischen Strategieforums der KAS und des Ifri wieder betont. Das nächste Treffen wird aller Voraussicht nach im Herbst dieses Jahres in Paris stattfinden.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Europäische und Internationale
Zusammenarbeit

Team Politikdialog und Analyse

Klingelhöferstr. 23
10785 Berlin
Postanschrift: 10907 Berlin
Telefon
+49 -(0)30/26996-3465

www.kas.de